

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einjährl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. August 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Vorbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 96

### Volkswirtschaft

#### Wirtschaftliche Schicksalsfragen

Die in diesen Tagen über die deutsche Volkswirtschaft hereinbrochene neue Steuerungsflut findet ihren amtlichen Nachweis in der Tatsache, daß die Inflation der reichsamtlichen Statistik für den Monat Juli eine Steigerung um 67 Punkte (von 896 im Juni auf 963 für Juli d. J.) zu erkennen gibt. In dieser traurigen Tatsache charakterisieren sich die Vorboten der Angleichung der deutschen Inlands- an die Auslandspreise, unter dem Damoklesschwert der Zerstörung der deutschen Valuta durch alle in- und ausländischen Kapitalisten politischer wie wirtschaftlicher Struktur. Diese modernen Vampyre der menschlichen Wirtschaft betreiben im Inlande die Einführung des „freien Spiels der Kräfte“ durch endgültige Beseitigung und Abolition aller bisherigen zwangswirtschaftlichen Einrichtungen, die sie vorher schon durch raffinierteste „passive Resistenz“ unterwühlt und verbunzt haben. Sowohl unter nationalen (Orgeel, Saatenkreuz usw.) wie finanziellen und steuerlichen Rüststückenpraktiken haben sie zur Wiederbelebung privatkapitalistischer Herrschaft in Sinkstich auf Handel, Industrie und Landwirtschaft kein Mittel unversucht gelassen, um Deutschlands Neuaufbau auf sozialistischer Grundlage zu vereiteln und in seinen besten Keimen zu erstickern. Die nächsten Wochen und Monate werden in dieser Richtung zu Entscheidungen drängen, von denen das Wohl und Wehe der deutschen Arbeiterklasse und mit ihr jener aller sogenannten Kulturstaaten der Welt abhängen wird.

Während die politischen Parteien und Seiten aller Richtungen mit Theorien und programmatischen Wortklaubereien sich nach innen wie außen gegenseitig die Köpfe verkeilen, arbeiten die Börsenjobber, die Profitstahmudisten aller Privatkontore in Handel, Industrie und Landwirtschaft, und nicht zuletzt die Monarchisten samt Anarchisten aller Schattierungen schlimmer als die Maulwürfe hinter den Kulissen der deutschen Volkswirtschaft im Sinne der Devise „Nach uns die Sintflut!“ - Gegenüber dieser Reichenfedderwirtschaft der bestehenden Klasse und ihrer Lakaien müssen im Interesse der Menschheit und der Menschlichkeit in absehbarer Zeit ganz andere Saiten aufgezogen werden als bisher. Wenn auf dieser Bahn taumeln wir alle dem Abgrund zu, der uns um Jahrhunderte auf der Stufe der menschlichen Kultur zurückreißt. Dagegen gilt es mit aller Kraft Front zu machen und eine gründliche Umstellung der ganzen bisherigen Wirtschafts- und Lebensweise zu erkämpfen und zu erkämpfen.

Mit der bisherigen Methode der Valutaraubzüge des Steuerhummelwaddels und unwirtschaftlicher Arbeitsverschwendung muß unter allen Umständen gebrochen werden. Das sind drei Angelpunkte, deren Beachtung die Lösung des gordischen Knotens bedeutet, in dessen Gewirre die gegenwärtige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verflochten ist. Sehen wir uns diese drei Dinge einmal unter den Gesichtspunkten einer konsequent parteipolitisch neutralen, rein gewerkschaftlichen Lösung an.

Die Mißgeburt der Valuta, die alle deutschen Arbeitsleistungen, sei es Kopf- oder Handarbeit, in neuester Zeit auf ein Wertebrot internationaler Wertschätzung und dementsprechend auch die deutsche Kaufkraft auf dem Weltmarkt herabgedrückt hat, kann nach allen Erfahrungen nur bekämpft und beseitigt werden durch radikale Verstärkung aller neuen deutschen Papiergeldquellen, durch schnellste Ausschaltung jeder Herstellung neuer Papiernoten. An deren Stelle muß eine gestelgerte Produktion im Inlande, entsprechender Austausch überschüssiger Inlandserzeugnisse gegen unentbehrliche Auslandswaren (Rohstoffe und Nahrungsmittel) treten. Keine Ausfuhr ohne entsprechende reale Einfluß oder Schuldentilgung! Selbst die ungeheuren deutschen Kriegsschulden, der traurigste Befähigungsmaßstab der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung oder des „freien Spiels der Kräfte“, können nur auf diese Weise getilgt werden, ohne Deutschland vollständig zu erdrosseln. Die Durchführung eines solchen Real-austausches einschließlich der Wiedergutmachung ist weit weniger ein politisches Problem als ein solches der Verunft, d. h. des lesten Willens. Der feste Wille der Arbeiterklasse kann und wird es zur Lösung bringen, wenn die dazu erforderlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllt werden. Es hängt daher nur von den Feinden der Arbeiterklasse ab, ob dieses Ziel in vernünftiger Weise

oder durch gewaltsame Zwangsetappen erreicht wird. Zu dem einen wie dem anderen wird die Arbeiterklasse bereit sein: zur friedlichen Durchführung aus Gründen der Menschlichkeit, zur gewaltsamen aus Verzweiflung, wenn jede menschliche Rücksicht auch fernerhin noch von der Mehrheit der bestehenden Klasse in so krivoler Weise wie bisher mit Füßen getreten werden sollte.

Mit der Frage der Beseitigung des Valutaerandes hängt auch das Steuerend der deutschen Republik aufs engste zusammen. Wird nicht mit starker und gleichwüthiger Hand der ausländischen Ausplünderung der deutschen Volkswirtschaft durch strenge Durchführung des Naturalaustausches zwischen Ein- und Ausfuhr ein Riegel vorgeschoben, dann wird auch das deutsche Steuerend nicht beseitigt werden können. Valuta und Steuern auf der heutigen unläuternden Basis sind untrennbar wie Kamelische Zwillinge. Wenn der Fortbestand des heutigen Valutaraubzugs bedeutet für die deutsche Volkswirtschaft eine Zitronenpresse, die für den Steuerbedarf des Reiches in absehbarer Zeit nur noch ausgemergelte Vermögensreste hinterläßt, aus denen auch nach Erlassung der sogenannten Sach- oder Goldwerte im Inlande nicht mehr viel herauszuholen sein wird, infolgedessen ein Schreden ohne Ende die deutsche Volkswirtschaft peinigern würde.

Das wird nur zu verhindern sein, wenn neben der radikalen Beschneidung der Valutageldwurzeln alle deutschen Sach- oder Goldwerte dem deutschen Produktionsprozeß dienstbar werden, und zwar durch deren steuerliche Erlassung in erster Linie in lehrer Linie. In dieser Hinsicht gehen wir vollständig einig mit Dr. Kuczynski, dessen Ansicht wir hier bereits schon in Nr. 91 („Radikale Lösungen“) dem Vorkreis des „Storr.“ unterbreitet haben. Weitere Ausführungen über die sachliche oder finanztechnische Durchführung dieser Reform unterlassen wir an dieser Stelle, da sie in dem erwähnten Aufsatz Dr. Kuczynskis deutlich genug vorgezeichnet sind. Das „Berliner Tageblatt“ hat zwar die Vorschläge dieses bekannten Nationalökonomens inzwischen als „Ausflug nach Wolkenhündischheim“ zu verpöhlen gesucht, hat aber damit nur bestätigt, daß er den Nagel auf den Kopf getroffen hat, während gerade die Quacksalberereien der volkswirtschaftlichen Stralagen des „Berliner Tageblatts“ und genehmigungsverwandter Nachbeter die deutsche Volkswirtschaft nicht davor bewahren konnten, nur um so tiefer und schneller auf der schiefen Ebene hinabzugleiten, je kesseler das „freie Spiel der Kräfte“ geworden ist. Diese katastrophale Entwicklung geht daher vorläufig auch noch weiter. Was die Valutaerhebung gegenüber den deutschen Sachwerten und Vermögensbeständen nicht reiflos fertigbringt, wird daher die weitere Lockerung des freien Spiels der Kräfte bringen: weitere Verelendung der Massen und materielle Aufblähung einer immer kleiner aber reicher werdenden Zahl von Kapitalgiganten, bis eben die zur Verzweiflung getriebenen Massen diese Giganten beim Schopfe nehmen und sie in ihre Klome zerhacken lassen. Daß dabei die Massen den kürzeren ziehen werden, ist zwar eine Spekulation dieser Babanquelspieler; aber es dürfte allen Anzeichen nach ganz anders kommen. Wenn die Abel der heutigen Zeit erstreckten sich nicht mehr auf nur Tausende oder Hunderttausende wie in früheren Zeiten, sondern auf Millionen und aber Millionen, und zwar nicht nur auf Handarbeiter, sondern auch auf Männer der Wissenschaft und der geistigen Arbeit im besondern. Diesen Massen fehlt es im Notfall dabei auch nicht an Führern und Kräften, eine ganz andre Abwehr- und Schöpfungskraft zu äußern als bei allen früheren wirtschaftlichen Umwälzungen. Diesen Tatsachen gegenüber wird daher auch die bisherige und geplante Steuerpolitik keinen Abbruch tun, sondern sie nur noch verstärken und erbärten. Wenn alle Befragungen durch direkte oder indirekte Steuern wälzen sich leichten Endes nur auf die menschlichen Arbeitskräfte und deren Träger ab. Und damit erhöht sich auch für diese der Zwang, ihre Kräfte zu konzentrieren, widerstands- und leistungsfähiger zu machen. Je stärker daher die Valuta- und Steuerbelastungen die Völkergenerierung und -verteilung bedrängen, um so näher rückt das Moment, wo diese Bedrängnis in ein elementares, soziales naturnotwendiges Verlangen nach Befreiung umschlägt.

In dieser Richtung sind die Valutaerhebungen, die Steuerungsflut, die Gärung in der gesamten deutschen Arbeiterklasse und die zunehmende Willkür des Unternehmertums Sturmzeichen einer drohenden Umwälzung, die den schärfsten Charakter einer sozialen und wirtschaftlichen Revolution tragen wird. Damit ist nach allen Anzeichen nicht nur als mit einer Möglichkeit, son-

dern als Notwendigkeit zu rechnen. Und weil wir keinen andern Ausweg sehen, fühlen wir uns verpflichtet, noch so lange es Zeit ist, einer möglichst friedlichen Lösung das Wort zu reden; nicht um die Schuldigen an diesem Elend zu schützen, sondern um nach Möglichkeit zu beweisen, daß die Arbeiterklasse nicht niederreißen oder zerstören, sondern an der Spitze privatkapitalistischer Willkür eine Gesellschaft der gemeinsamen Arbeit neu aufbauen will.

Bei der natürlichen Verschiedenheit der Menschen und Völker, ihrer Sitten, Arbeitstechnik und Arbeitsmöglichkeiten ist auf eine einheitliche nationale oder internationale Regelung der gemeinsamen Arbeits- und Lebensbedingungen vorerst und auf lange Zeit hinaus noch nicht zu rechnen, ohne dabei mehr Zwang als dem Interesse der Gesamtheit dienlich anzuwenden zu müssen. Die Fülle der internationalen gesellschaftlichen oder sozialen Beziehungen steht trotz aller Welt Handels- und Weltmarktstheorien immer noch erst in den Kinderschuhen. Der Weltkrieg selbst hat diese Zerrissenheit der Menschen (auch innerhalb der Arbeiterklasse) leider nur zu blutig bestätigt. Sollen wir uns daher in der Welt der realen Tatsachen frei von Überbäuerungen dieser oder jener ideologischen Momente internationaler Natur. Eine vernünftige soziale Weltwirtschaft erhalten wir erst, wenn die Mehrheit der einzelnen Völker sich selbst eine solche Wirtschaft schafft. Wir können nicht das Nach bauen, ehe wir die Fundamente im einzelnen gelegt haben.

Was in dieser Hinsicht für die sogenannte Internationalen im weitesten Sinne des Wortes gilt, hat aber auch seine natürliche und logische Berechtigung für einzelne Staaten und Völker. Auch diese stellen nach historischer Entwicklung wie natürlichen Grundlagen mehr oder weniger kleine „Internationales“ dar, deren einzelne Glieder sich teils freiwillig, teils bamerkt, oder je nachdem miteinander vertragen, und zwar nicht nur physisch oder national, sondern auch sozial und wirtschaftlich. Das einzelne, was eine stärkere Bindungskraft hat, die Kräfte voneinander abhängig macht und doch wiederum aufeinander anweist, ist in Wirklichkeit weder das Zwangswirtschaft, noch das Politische oder Rechtliche, sondern das Wirtschaftliche. Alles, was darüber hinausgeht, mag schön und gut, mag ideal und kulturell genannt werden; aber wo der materielle, der wirtschaftliche Untergrund ungesund ist, pflicht auch die Kultur nur Duffeln statt Rosen. Das lehrt uns sowohl die Welt- wie Wirtschaftsgeschichte und zeigt uns damit als geistige Frucht materieller Gegenden den Weg, der uns aus dem Folge privatkapitalistischer Verelendung führen kann: Es ist die Befreiung der menschlichen Arbeit durch die Arbeiter, und zwar der Kopf- wie Handarbeiter!

Wir erblicken daher in einer rationalen Zusammenfassung jedes einzelnen Industriezweigs zu selbstverwaltenden Produktionsgemeinschaften unter gleichberechtigter Mitwirkung und Mitkontrolle der Kopf- wie Handarbeiter in allen Produktions- und Preisfragen (unter selbstverständlicher Einbeziehung aller Lohn- und Steuerfragen) die einzig fruchtbare Lösung aller wirtschaftlichen Schicksalsfragen der deutschen Volkswirtschaft wie aller ihrer Einzelgruppen. Alle Betriebskapitalien und -einrichtungen jedes sachtechnisch zusammengehörigen Industriezweigs sind genossenschaftlich zusammenzufassen und nach einseitigen rationalen Gesichtspunkten zu verwerten. Bisher unrationell geleitete oder organisierte Betriebe sind entweder umzugestalten oder aufzulösen oder deren Produktionsmittel an rational arbeitende Betriebe anzuschließen. Dergleichen sind alle verfügbaren menschlichen Arbeitskräfte nach Beruf und Arbeitsfähigkeit in die einzelnen Produktionsgenossenschaften (Industrie, Landwirtschaft und Handel) einzugliedern, und zwar unter vermehrter Einführung von Geschichtswesen in rationalen veranlagten Betrieben. Einkauf und Verteilung von Rohstoffen, Produktionsmitteln usw., Auftragsannahme, -werbung, -verteilung, -herstellung und -verkauf müssen durch zentrale Genossenschaftsstellen je nach Zweckmäßigkeit örtlich, bezirksweise usw. durchgeführt werden. In dem „Problem einer neuen Berufsverfassung für das Deutsche Buchgewerbe“ sind z. B. für unser Gewerbe die entsprechenden Richtlinien (Seite 16 bis 18) in deutlicher und verständlicher Weise schon längst aufgestellt. Diese Vorschläge lassen sich flüchtig sowohl für einzelne Gewerbe wie für alle Industriezweige

\* „Das Problem einer neuen Berufsverfassung für das Deutsche Buchdruckgewerbe“. Auf der Grundlage einer sozialwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft begründet und entworfen von Carl E. Baer. Verlags- und Vertriebsverband der Fein- und Buchdrucker in Leipzig, Salomonstraße 8; Preis 1,20 Mk.

anwenden. Ein zentraler Umbau der vorhandenen Organisationen in Arbeiter- und Unternehmerkreisen ist zur Durchführung dieses Problems vorläufig gar nicht nötig. Im Gegenteil, als gegenläufige Kontrollorgane gegenüber einer solchen genossenschaftlichen Organisation des Produktionsprozesses dürften die bestehenden sozialen Organisationen noch auf lange Zeit hinaus Christenbeteiligung haben; wobei eine kartellartige Zusammenfassung der verschiedenen Richtungen zu Industrieverbänden immerhin sehr zweckdienlich sein könnte. Es handelt sich zunächst nur darum, daß sich die schon bestehenden Organisationen so schnell wie möglich darüber klar werden, daß vor dem drohenden Chaos einzig und allein nur ein sofortiges engeres Zusammenarbeiten der bestehenden Organisationen auf genossenschaftlicher Grundlage retten kann. Auf einer solchen Basis würde sich die Frage der Arbeitsleistung, der Lohn- und Preisfrage einschließlich aller Steuerlasten in vernünftiger und zeitgemäßer Weise regeln lassen.

Weber durch brutale und weisfremde Negationsanstrengungen der deutschen Unternehmerverbände, die alle gegenwärtig erhobenen Ansprüche auf Vohnerhöhung seitens der Arbeiterklasse als nicht begründet bezeichnen, noch durch deren Behauptung, daß die deutsche Volkswirtschaft in Zukunft höhere Aufwendung für Entlohnung nur dann machen könne, wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolge und zu diesem Zweck auch die Lohn- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freigelegt werde, wird die drohende wirtschaftliche Revolution gegenstandslos werden. Diese Gefahr kann und wird nur beseitigt werden, wenn diese Revolution von allen berufenen Faktoren mit Kühner Entschlossenheit selbst in Angriff genommen und zur Durchführung gebracht wird. Den einseitigen Behauptungen von Unternehmerseite bezüglich produktionshemmender Tendenzen innerhalb der Arbeiterklasse in der Lohn- und Lohnpolitik können mit weit größerem Recht unzählige Nachweise wirtschaftlicher Produktionshemmungen und -sabotage in allen Unternehmensmerkmalen entgegengehalten werden. Nur eine auf gemeinschaftlichen Interessen aller Produktionskräfte aufgebauete Bedarfsdeckung kann diese hemmenden Kräfte entwirren. Arbeitsfreundlichkeit wird nicht durch Überhängen des Brothorbs erreicht und gesteigert, sondern verbilligt und erschöpft. Nur die restlose Beseitigung der Gefahren der Erwerbslosigkeit und die Gewährung eines erträglichen Existenzminimums für alle Kopf- wie Handarbeiter schafft die Grundlagen für eine Neubelebung gekümmter Arbeitsfreundlichkeit und der Produktionssteigerung. Alle dem entgegenstehenden Versuche schlagen ins Gegenteil um, treiben die Arbeiterklasse zur Verzweiflung und zur willkürlichen Selbsttötung, die der Volkswirtschaft nur zum Fluche werden kann. Doch ist es Zeit, an diese kulturelle Reformarbeit heranzutreten. Insbesondere bei uns im Buchdruckgewerbe sind sowohl die Organisations- wie die entsprechenden Einrichtungen dazu vorhanden. Es handelt sich nur um den ersten und gleichwohl willkürlichen Schritt, die Arbeiterklasse auf diese hohe Aufgabe heranzutreten. Noch hat es den Anschein, als ob wir auf dieser Bahn die letzten wären. Die Säure innerhalb der Gewerkschaft und die Unzuliebe der Unternehmerseite nähern sich aber mit Sturmeschritten jenem Punkte, wo es heißt: Biegen oder brechen! Aber so viel ist heute schon klar: Die Gewerkschaft im deutschen Buchdruckgewerbe wird das Erstgeburtsrecht ihrer Arbeitskraft nicht für ein Unsegen in die Waagschale werfen, sondern für ein Ziel, das auch eines solchen Kampfes wert sein wird!

## Neudeutsche Wirtschaftfragen

### Kapitalismus, christlicher Sozialismus oder Sozialismus

Während jeder seit einiger Zeit auf dem Gebiete der Sozialisierung ziemlich Ruhe herrscht, ist die Frage durch die Umgestaltung der Reichsregierung und die zur Erfüllung der in dem Antekommunismus aufgestellten Forderungen notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen jetzt wieder in den Vordergrund des Interesses getreten. Der Wiedertritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung sorgte hoffentlich dafür, daß die Sache in Ruhe bleibt. Der neue Reichskanzler Dr. Brüning hat bereits verschiedentlich verlauten lassen, daß nunmehr der Sozialisierung ernstlich nähergetreten werden soll. Er fragt sich nur, was Dr. Brüning unter Sozialisierung versteht, denn er ist bekanntlich ein Zentrumsmann, und verschiedentlich konnte man lesen, daß er ein Schüler und Freund Erzbergers sei, ja in einigen Blättern der Rechten, so den „Hamburger Nachrichten“, wurde die jegliche Reichsregierung als „Erzberger-Regierung“ bezeichnet. Selbst wenn ihm wolle, unabweisbar dürfte die Sozialisierungsfrage im ganzen Zentrum ein wesentliches anderes Gesicht als in der Sozialdemokratie, und es dürfte nicht uninteressant sein, die Dinge einmal etwas näher zu betrachten.

Im allgemeinen werden bei der Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland drei Richtungen sich gegenüberstehen und bekämpfen: der großindustrielle Kapitalismus, der christliche Sozialismus — eine Schöpfung der jüngsten Zeit und hauptsächlich in den christlichen Gewerkschaften propagiert — und der marxistische Sozialismus, den die freien Gewerkschaften sich als Ziel gesetzt haben. In welchen Formen die erstgenannte Richtung auftritt, wie sie sich die Regelung der Verhältnisse denkt, haben wir schon des öfteren in selbständigen Aufsätzen dargelegt; es braucht hier nur an die Zusammenballung in Industrie und Handel, die Kräfte, Monopole, Syndikate usw. erinnert zu werden. In einem Satz klar und deutlich ausgedrückt, geht das Streben der Vorkämpfer dieser Wirtschaftsrichtung dahin, die deutsche Industrie,

den Handel usw. von der Quelle bis zur Mündung, vom Rohstoffe bis zum Fertigerzeugnis, in einer Hand zu vereinigen und zusammenzufassen. Es mag sein, daß es auf diese Art geringen könnte, riesige Kapitalien zusammenzurufen, auch große Reingewinne zu erzielen, wie ja die Beispiele des letzten Jahres besonders deutlich beweisen haben. Diese Ergebnisse können aber nur im Interesse einer kleinen, ausgehauenen Bevölkerung, einer verschwindenden Minderheit, auf Kosten der großen Masse erzielt werden. Denn die Mittel zur Erzielung der großen Reingewinne sind in erster Linie restlose Ausnutzung der Arbeitskräfte der Masse durch Verlängerung der Arbeitszeit, möglichst niedrige Löhne und schematische Einteilung der Arbeitsweise durch Einführung des Taylorismus in seiner schlimmsten Form. Es könnte so, wie schon gesagt, vielleicht ein gutes, ja sogar äußerlich glänzendes finanzielles Ergebnis erzielt werden — aber die Arbeitnehmer, Angestellte wie Arbeiter, würden damit auf die Stufe von Maschinen und numerierten Apparaten heruntergedrückt, jedwede eigene Initiative in ihnen würde erstickt und damit auf die Dauer der kulturelle Fortschritt erheblich gefährdet werden. Die Vorkämpfer dieser Wirtschaftsform sind in erster Linie die Deutsche Volkspartei und in ihr die Herren Stinnes, Sugenberg usw. und als bekanntester parlamentarischer Vertreter Dr. Stresemann. Wie sich diese Herren a. B. die Kohlegewinnung, diese Grundlage der gesamten deutschen Wirtschaft, in Zukunft denken, geht aus den verschiedenen Vorschlägen hervor, die in den letzten zwei Jahren an die Sozialisierungskommission gerichtet wurden und die ja in den Tagesblättern sowohl als auch in den Gewerkschaftsblättern genugsam besprochen worden sind. Nicht aus eigenem Antriebe, sondern nur dem Drängen der Zeit nachgebend, um den Arbeitnehmern die Sache etwas schmackhafter zu machen, hat man das Schlagwort von der „Gewinnbeteiligung“ der Arbeitnehmer, etwa in Form von Kleinaktien, Prämien oder sonstiger Palliativmitteln, erfinden.

Etwas anders und verschiedentlich weitergehend stellt man sich die Lösung der sozialen Frage und Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Zentrum dar, getrieben von den in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeitern. Hier ist es in der letzten Zeit besonders der Abgeordnete Erzberger, der eine überaus eifrige Tätigkeit in dieser Richtung entfaltet und sich zum Hauptmundstück dieser Bestrebungen macht. „Christlichen Sozialismus“ hat man das Ding genannt und lacht es nun mit allen Mitteln den Arbeitern mundgerecht zu machen. Neben Erzberger sind es aber auch noch andre bekannte Zentrumsarbeiterführer, die in die gleiche Kerbe hauen; so hat der jetzige preussische Ministerpräsident Stegerwald bereits Ende des letzten Jahres das gleiche Wort in die Welt hinausposaunt und in einer Broschüre „Deutsche Lebensfragen“ populär zu machen versucht. Was verstehen diese Politiker darunter? Stegerwald hat auf dem im November letzten Jahres in Essen a. B. abgehaltenen Kongress der christlichen Gewerkschaften vom Wahlsinne der Sozialisierung gesprochen und die Schaffung einer neuen Partei empfohlen, die christlich und national, sozial und demokratisch sein soll. Auf die rein parteipolitische Seite wollen wir hier nicht eingehen, sondern bloß die Aufgaben der Sozialpolitik und der Wirtschaft betrachten.

Als nach den Novemberereignissen 1918 die Frage der Sozialisierung besonders eifrig behandelt wurde, haben auch die Führer der christlichen Arbeiterbewegung dem allgemeinen Drängen nachgegeben zu müssen geglaubt, und im Buch, der Vorstände des christlichen Bergarbeiterverbandes, hatte auf dem Internationalen (christlichen) Bergarbeiterkongress in Genf im Herbst 1919 Ansichten vertreten, die den Forderungen der deutschen Sozialdemokraten sich näherten. Auch Giesberts hatte sich ähnlich verhalten lassen. Von der rechten Seite des Zentrums, die dem Sozialismus absolut ablehnend und feindselig gegenübersteht, was insbesondere in den Spalten der „Süddeutschen Volkszeitung“ des öfteren unüberhörten zufolge tritt, wurde aber zurückgepfiffen, und nun glaubt man den Arbeitern mit dem „christlichen Sozialismus“ etwas bieten zu können. Auf einer Konferenz von Vertrauensmännern des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hat im Buch sich programmatisch geäußert und eine Reihe Vorschläge gemacht, nach denen zwar die im Boden vorhandenen Schätze von Kohlen in den Besitz der Volksgesamtheit überführt werden sollen, aber die Ausnutzung der bisherigen Besitzern überlassen bleibt. Dafür sollen diese eine dem Werte der Lagerstätte angepaßte Abgabe entrichten. Die im Bergbau beschäftigten Personen sollen an der Produktion interessiert werden, die Zusammenfassung des Bergbaues auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes soll beibehalten und ausgebaut werden, die Gewinne beschränkt und den Arbeitern und Angestellten eine befriedigende Stellung durch ständige Durchführung des Betriebsrätegesetzes geschaffen werden. Singu häme noch eine Änderung des Aktienrechts, insbesondere die Einführung von Kleinaktien.

Aber diese Forderungen geht nun aber neuerdings Erzberger in seinem christlichen Sozialismus hinaus; er verneint die Berechtigung des Privateigentums an sich und vertritt das unbeschränkte Eigentum. Er will ein Privateigentum nur im Dienste der Allgemeinheit, im Dienste des Allgemeinwohls anerkennen, und empfiehlt zur Beseitigung der Arbeitnehmer am Besten und am Ertrage des Unternehmens nicht die Kleinaktie, sondern die Werksgenossenschaft. Innerhalb des Zentrums sowohl als auch der christlichen Gewerkschaften scheint man sich über die ganze Sache aber noch nicht recht im klaren zu sein; die „Süddeutsche Zeitung“ sowohl als auch die „Frankfurter Zeitung“ haben verschiedentlich über Erzberger-Verstärkungen berichtet und versucht, eine offizielle Erklärung der Parteileitung herauszuholen. Selbst-

verständlich stellt die „Süddeutsche“ als Vertreterin des Industrialismus Stinnes'cher Richtung Gift und Gallen über Erzberger und meint, daß Erzberger eines Tages vielleicht sogar von den einseitigen Sozialdemokraten als Kandidat aufgestellt werde, wenn ihn das Zentrum einmal von seinen Reichthümern abgelöst hätte.

Für die ganze im Zentrum vorhandene Anschauung dürfte es charakteristisch sein, daß bei der jüngsten Krise der Reichsregierung und bei den Verhandlungen zur Übernahme des Reichskanzlerpostens der Oberbürgermeister von Köln und Präsident des preussischen Staatsrats, Dr. Wenauer, sich auf die an ihn ergangene Aufforderung zur Übernahme des Reichskanzlerpostens unter der Voraussetzung bereit erklärte, wenn die maßgebenden Parteien des Reichstags sich mit einer etwa notwendig werdenden Verlängerung des Ausschusses von vornherein bereit erklärten. Dieses Annehmen lehnte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion selbstverständlich ab.

Die großkapitalistischen, auf die Wahrung des eigentlichen Herrn-im-Hause-Standpunktes bedachten Bestrebungen hat die sozialistische Arbeiterklasse mit Recht den schärfsten Kampf angefaßt und ihr die Forderung des Sozialismus, die Allgemeinwirtschaft, gegenübergestellt. Aber auch den verwachsenen, die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer zum größten Teil unberücksichtigt lassenden Zielen der christlichen Gewerkschaften und des von reinen Parteinteressen diktierten Erzbergerschen christlichen Sozialismus gegenüber muß jeder fortschrittlich gesinnte, denkende Arbeiter an der Sozialisierung nicht nur der Kohlenproduktion, sondern überhaupt des Wirtschaftslebens festhalten. Man möge Wirtschaft der Gesamtheit für die Gesamtheit, nicht, wie man so oft von gegenüberlicher Seite hört, schematische Verteilung des Besitzes, sondern Vergeßlichkeit der Produktionsmittel und Produktion für den Bedarf — so bedeutet Sozialismus Emporentwicklung eines Volkes zu höchster Schaffenskraft, höchstem materiellem Glück, höchster Intelligenz und höchstem Wissen. Zur Erreichung dieser Ziele fordert deshalb der Sozialismus die Produktion in einer Form, die den Bedürfnissen der großen Masse in erster Linie gerecht wird und nicht die Erzielung hoher Reingewinne als Hauptfache betrachtet.

Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus äußerte sich das lebhafteste Verlangen der Arbeiterklasse nach Gleichberechtigung im wirtschaftlichen Leben, im Produktionsprozeß. Wir dürfen uns aber keiner Täuschung darüber hingeben, daß dieses Ziel etwa über Nacht zu erreichen sein wird, sondern dazu wird es noch langwieriger, ausdauernder Arbeit bedürfen. Das Betriebsrätegesetz war die erste Etappe auf diesem Wege, während die weitergehenden Räteorganisationen, die Bezirkswirtschaftsräte usw., noch ihrer Gestaltung harren und vorläufig nur der Reichswirtschaftsrat ein ziemlich schattenhaftes Dasein führt.

Stuttgart.

Paul Beckerling.

## Zwangshypotheken?

Bei der im Mittelpunkt des heutigen politischen und wirtschaftlichen Lebens stehenden Frage der Ausbringung der Mittel für die Wiederaufmachung verliert der Vorschlag des Reichswirtschaftsministers Schmidt über die Bestellung des Reiches am Grundbesitz, städtischen sowohl wie ländlichen, weitgehende Beachtung. Nach seinem Plane soll der Grundbesitz mit einer 20prozentigen Hypothek an erster Stelle belastet werden, jedoch dergefall, daß der vorkriegszellulose Goldwert des betreffenden Objekts in den Papierwert unserer heutigen entwerteten Mark umgerechnet werden soll. Nach Schmidt soll dies dadurch geschehen, indem man heute den fünfzehnfachen ermittelten Vorkriegswert als unfern heutigen Geldverhältnissen entsprechend festsetzt. Auf den ersten Anblick hat der Vorschlag etwas Bestechliches: könnte man doch annehmen, daß die Belastung mit einer 20prozentigen Hypothek an erster Stelle einer teilweise Entlastung des Besitzers gleichkomme. Theoretisch mag dies vielleicht auch der Fall sein, praktisch jedoch läuft die Sache auf eine ungeheure Belastung der breiten Volksmassen hinaus, denn die erheblichen Mehrkosten, die dem Besitzer dadurch entstehen, wird man unbedingt auf die Masse abwälzen. Das dürften uns doch die Erfahrungen gelehrt haben, die bisher auf allen Gebieten gemacht wurden, wo die Produktion mit öffentlichen Lasten bedacht wurde. Daß die Mehrbelastungen sehr erhebliche sind, möge aus einem Beispiel erhellen. Ein Haus, das vor dem Krieg einen Wert von 20000 Mk. hatte, wird heute mit 300000 Mk. angelegt. Es werden hiervon 20 Proz. = 60000 Mk. entzogen. Diesen Betrag kann der Betroffene sofort abtragen; er wird es aber nicht tun, sondern ihn als Hypothek verzinsen. Bei 5 Proz. Zinsen würde auf dem Haus eine neue Zinsenlast (abgezogen von der Wertminderung des leistungswirksamen Kapitals von 20000 Mk.) von 3000 Mk. jährlich ruhen. Daß der Besitzer diesen Betrag nicht aus seiner Tasche zahlt, dürfte jedem einleuchten, und so wird eben die Folge eine gewaltige Wertminderung sein. Bei der Landwirtschaft liegen die Dinge so, daß hierdurch eine gewaltige Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse Platz greifen würde; denn auch der Agrarier wird die Lasten nicht auf sich nehmen wollen und sie abwälzen und solange durch unfre schlechte Währung nicht die ausländischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Konkurrenz mit den heimischen Erzeugnissen aufnehmen können, solange werden die Preise weitersteigen. Naturgemäß müssen der Erhebung der Mieten und Lebensmittelpreise und Gehaltssteigerungen folgen, Kämpfe um diese werden entstehen mit all ihren nachteiligen Begleiterscheinungen für die daran Beteiligten sowie der gesamten Volkswirtschaft. Und dann geht es weiter: Produktionsverluste

...ung, Bedarf neuer Zahlungsmittel, Inflation, weiteres Sinken der Kaufkraft des Geldes usw. Diese ernöte Stelle wird von neuem an unsern Augen vorüberziehen, nachdem man schwache Anfänge dafür sah, daß es mit den fortgesetzten Preisschwankungen doch einmal zu Ende geht.

Bei den Unternehmungen soll nach dem Vorschlage Schmidts sich das Reich ebenfalls mit 20 Proz. beteiligen. Inwieweit dies beabsichtigt ist, ob nur die großen Betriebe gemeint sind und wo die Grenze gezogen werden soll, ist nicht bekannt, ebenso scheint man sich noch nicht klar darüber zu sein, in welcher Weise dies geschehen soll. Man wird also noch warten müssen, bis näheres darüber bekannt wird. Doch dürfte wohl heute schon feststehen, daß sich die Kreise in der Industrie schädlos zu halten wissen werden, wenn die Zwangsbeiträge eingehalten werden sollte, was heute infolge der kapitalistisch-bürgerlichen Parlamentsmehrheit noch keineswegs so sicher ist. Mit Hilfe der bekannten Kapitalverwertungsmethoden dürfte man dem unvollkommenen Eindringlinge schon ein Schnippen schlagen, wenn es dem Reiche nicht gelingt, entscheidenden Einfluß auf die Führung und Verwaltung der Betriebe zu gewinnen. Zudem würde wohl daselbst eintreten, was bei allen Steuern eintrat und auch bei der Vermögensabgabe (Reichsnotopfer) eintreten wird: man wird diese Abgaben in die allgemeinen Einkommen einrechnen und damit die Produktion verteuern, was natürlich die bekannten üblen Folgeerscheinungen nach sich zieht. Es wird der Regierung, will sie wirklich durchgreifende Maßnahmen zur Erfüllung der Wiedergutmachung schaffen, nichts anderes übrigbleiben, als schärfere Heranziehung des Besten zu erleiden. Dazu gehört vor allen Dingen die sofortige Einziehung des Reichsnotopfers, für dessen Hinausschiebung man schon so viele laue Ausreden gebrauchte. Daß dies nicht im entferntesten ausreicht, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, steht fest. Mit direkten und indirekten Steuern ist die breite Masse des Volkes schon so bedacht, daß ihr kaum Luft zum Atmen bleibt. Der Weg für neue Einkommensquellen zeigt neben stärkerer Erfassung der höheren Einkommen auf den Grundbesitz und die Produktion hin. Doch in der vom Reichswirtschaftsminister gedachten Art dürfte nicht viel erreicht werden. Man möge die Hand fest auf die Betriebe halten, sich den entscheidenden Einfluß darauf sichern und so nun endlich einmal den Umgang machen, das so schön klingende Sozialversicherungsgelei vom 23. März 1919 in die Tat umzusetzen, wenn anders nicht das ganze Steuerlokal uns nur in ständig schlimmere wirtschaftliche Nöten stürzen soll.

Düsseldorf.

Ed. May.

## Die Wohnungsnot im besetzten Gebiete

Ganz besonders macht sich die Wohnungsnot im besetzten Gebiete des Rheinlandes fühlbar. Der Rheinische Verein für Kleinwohnungsweisen hat eine Eingabe an den Wohnungsausschuß des Deutschen Reichstags gerichtet, in welcher zur Änderung der No 692 Millionen Mark verlangt werden. Die Eingabe führt aber auch Beweise an für die untagbar fraurigen Verhältnisse, die sich infolge der Belagerung herausgebildet haben. Außer Katernen, Krankenhäusern, Schulen, Geschäftsbüros, städtischen und staatlichen Büros, Werkstätten, Magazinen, Kaffinos, Jugendheimen, Bäckereien, Baracken, Speiseküchen usw. sind auch Wohnräume in erschreckender Zahl durch die Belagerung mit Beschlag belegt worden.

Am nur einige Beispiele herauszugreifen, sei erwähnt, daß in Krefeld, welche Stadt 124325 Einwohner zählt, Mitte April d. J. 595 Wohnungen und sonstige Räume mit zusammen 2200 Zimmern von der Belagerungsbehörde in Anspruch genommen waren.

In Euskirchen mit einer Einwohnerzahl von nur 12415 waren um dieselbe Zeit sieben vollständige Häuser mit 55 Wohnungen von drei bis sieben Zimmern, außerdem 40 Zweizimmerwohnungen für die französische Militärbehörde beschlagnahmt.

Ganz besonders schwer hat eine kleine überwiegend industrielle Gemeinde namens Trosdorf mit 9251 Einwohnern zu leiden. Hier hat die Belagerung ganz oder teilweise mit Beschlag belegt: 49 Küchen, 189 Wohnräume, 20 Baracken, die als Arbeiterheime dienen, sowie einen großen Speiseaal. 400 Wohnungsuchende sind in dieser kleinen Gemeinde vorhanden, und man kann sich ein Bild davon machen, wie groß das Elend und die damit zusammenhängenden Mitleiden Gefahren sind. In einer gemeinsamen Vierzimmerwohnung (Stüche und drei Schlafzimmer) sind — wie wir in der „Rheinischen Zeitung“ lesen — 2. drei Familien (eine Familie mit sieben Kindern, die Frau sieht ihrer Niederkunft entgegen, eine Familie mit zwei und die dritte Familie mit einem Kind) eingepfercht. Die Küche wird von den drei Haushaltungen gemeinsam benutzt. In einem Schlafzimmer liegen acht Personen, zwei Elternpaare und vier Kinder beider Familien. Viele Familien bewohnen nur einen Dachraum, der als Küche, Wohn- und Schlafzimmer dient.

Diese Zustände schreien zum Himmel. Sollte es denn nicht möglich sein, daß sich die Belagerungsbehörden etwas mehr einschränken? Auf alle Fälle müssen aber auch die notwendigen Mittel auf schnellstem Wege aufgebracht werden, um wenigstens die Not etwas zu lindern.

## Zur Mieterbewegung

In Nr. 69 des „Korr.“ hatten wir in einem „Mietserklärungen“ überschriebenen Artikel unrer anderem auch eine Mieterangelegenheit in Plauen erwähnt und bemerkt, daß von den dortigen Hausbesitzern am 1. April d. J. 5000 Kündigungen ausgesprochen wurden, weil der Allgemeine Mieterverband es abgelehnt hatte, vor Schaffung eines allgemeinen Mietvertrags mehr als 20 Proz. Zuschlag auf die Friedensmiete zu zahlen, und weil er sich vor allem weigerte, die Grundsteuer und die Brandkassenbeiträge auf den Mietzins umzulegen. Wir hatten diese Nachricht aus einer Leipziger Tageszeitung geschöpft; später erliefen wir aus Plauen nachstehende Ergänzung des Falles:

Die Nachricht, von den 5000 Kündigungen ist allerdings durch die Presse gegangen, kam aber aus einer sehr trüben Quelle. In Wirklichkeit enthielt die Zahl eine Null zuviel. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Im Oktober 1920 wurden, nach dem Verhandlungsweg zwischen der Organisation der Mieter und Vermieter gelöst, waren, vom Mietereingangsamt Richtlinien aufgestellt, danach war zu bezahlen 15 Proz. Zuschlag auf die Friedensmiete und Umlegung der Gebühren und Abgaben (Wassers, Schornsteinfegergebühren, Grunderhaltungsgebühren und Brandkassenbeiträge) prozentual nach der Höhe der Miete. Die Kosten der laufenden Reparaturen halbe der Hausbesitzer zu tragen. Aber die eventuelle Umlegung der großen Instandhaltungskosten sollte noch Näheres vereinbart werden, auch sollte ein Normalmietvertrag aufgestellt werden. Gegen Ende des Jahres 1920 setzte eine Bewegung gegen diese Richtlinien ein, die besonders von kommunistischer Seite geführt wurde. Der Vorstand des Mietervereins wurde beiseite geschoben und Hals über Kopf am 1. Januar der Mieterstreik proklamiert. Nachdem die Karte im Dreck lag, wandte man sich an das Gewerkschaftsamt und die Arbeiterparteien, die dann eintrifften und die Bewegung vor dem vollständigen Zusammenbruch retteten. Vom 1. April 1921 ab sind wieder neue Richtlinien in Kraft, die sich im wesentlichen an die alten anschließen, nur daß statt 15 25 Proz. Zuschlag bezahlt werden. Außerdem ist ein Normalmietvertrag geschlossen worden, den die Hausbesitzer anerkennen müssen, wenn sie die Miete nach den aufgestellten Richtlinien erhalten wollen. Die Miete soll sich aus folgenden Teilen zusammensetzen: Friedensmiete nach dem Stande vom 1. Juli 1914; 25 Proz. Zuschlag für laufende Reparaturen; Umlegung der Gebühren und Abgaben. Der Hauswirt ist verpflichtet, dem Mieter oder dem Mieterausschuß die Belege und Rechnungen vorzulegen. Umlegen der großen Instandhaltungskosten nach den in dem Entwurf des Reichsmietengesetzes festgelegten Grundbüssen.

Die Plauerer Mieterbewegung hat wiederum mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß ein Zusammengehen der Mieterorganisationen mit den Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften und Parteien) unbedingt notwendig ist, wenn die Bewegung erfolgversprechend verlaufen soll. rlc.

## Literarisches

„Handbuch für Buchdrucker.“ Theorie und Praxis des Maschinenmeisters von Friedrich Bauer. Verlag Kilmich & Co., Frankfurt a. M. Preis 30 Mk. In dritter Auflage ist das Handbuch für Maschinenmeister wieder, wie seine Vorgänger, von einem Gelehrten bearbeitet worden, dem einige bewährte Fachgenossen als Mitarbeiter zur Seite standen. Eine Praxis zu bearbeiten kann unser Meinung nach am besten der, der sie von Haus aus kennt, der mit ihr groß gewachsen ist, der den Wandel der letzten Jahrzehnte im Maschinenbau durchlebt hat. Vom Höflichkeit kann man schon viel lernen, noch mehr und gründlicher aber durch eigene Erfahrung. Der Raum verbietet uns, auf verschiedene Mängel, die dadurch entstehen, näher einzugehen. Zwei wollen wir herausgreifen. Bei den Bogenzugführungsapparaten, in der Hauptgruppe „Theorie“, ist ein Anlegeapparat auf 57, Seiten beschrieben, ein anderer ist nur mit 37, Seiten bedacht. Der zweiten Hauptgruppe „Praxis des Maschinenmeisters“ sind von dem 418 Seiten umfassenden Buche nur 134 gewidmet. Robenswert ist die Aufnahme beachtlicher Druckarten, wie die des Zieh- und Offsetdrucks. Die Buchdruckmaschinen sind eingehend behandelt worden und durch zahlreiche Skizzen und Abbildungen belebt. Immerhin ist das Handbuch eine selbstige Arbeit des Verfassers und seiner Mitarbeiter, die wir durch das eben Gesagte durchaus nicht herabwürdigen wollen. Wir wünschen der dritten Auflage, die typographisch sehr gut ausgefallen ist, recht guten Erfolg. Aber von unsern Druckerkollegen von dem gesamten Buchdruckmaschinenmarkt einen guten Überblick haben möchte, wer die so reichhaltigen Systeme und Fabrikate von Kegel-, Schenck- und Rotationspressen studieren will, dem sei das Handbuch bestens empfohlen.

„Ernst Maar als Kupfer.“ Der Mitte Oktober vorigen Jahres in Dresden-Kloster verlebte Kollege Ernst Maar, langjähriger Mitarbeiter des „Süddeutschen Postboten“ und „Mahren Jakobs“, hat eine Sammlung lyrischer Gedichte hinterlassen, welche jetzt unter dem angeführten Titel im Druck erschienen ist. Da der verlebte Kollege als Maler schon unter dem Sozialistengelei die Arbeiterklasse durch seinen ionigen Humor erheitert und im Kampfe gestärkt hat, ist ein gedemutvolles Versehen eine größere Verbreitung in Arbeiter- und besonders Kollegenkreisen zu wünschen. Es eignet sich zu Geschenkwedden (auch für Damen) und namentlich sollte es in den Bibliotheken nicht fehlen. Ein großer Natur- und Menschenfreund spricht hier zu dem Leser, und mit Beschuldigung wird jeder von dem Inhabte Kenntnis nehmen. Preis 6,50 Mk. Zu beziehen durch Kollegen Rudolf Krefschmar, Chemnitz, Neefstraße 87.

## Briefkasten

A. in Wittenberg: Ihrem Bericht selbst das Signum des Darstellenden. Willen das zu beachten. — W. A. in G. A. M. Ganz Ihrer Meinung. Wie wieder. — P. A. in G. A. M. in G. und G. A. in B.: Wird aufgenommen. — H. A. in H.: Wunsch ist erfüllt, obwohl die gewählte Bezeichnung mit dem früheren Beispiel sehr ähnlich ist; hinsichtlich die sich demselben zur persönlichen Beschuldigung. — A. B. in M.: Durch Ihr Guldhaben (7 Mk.) gedeckt.

## Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II, Fernsprecher: Amt Surfürst, Nr. 1191.

## Bekanntmachungen

### Vierteljahrsabschlüsse im zweiten Halbjahr 1921

(Berichtigung)  
Gegenüber bestehenden Einträgen verweisen wir nochmals auf unsere Bekanntmachung in Nr. 4 des „Korr.“ vom 11. Januar d. J. Danach schließt das 3. Vierteljahr mit 14 Wochen am 1. Oktober, „4.“ „13.“ „31. Dezember. Der Verbandsverwand.

### Gegenständigkeitsvertrag mit dem Verbands der Graphischen Arbeiter Jugofraktes

Zwischen dem Verbands der Deutschen Buchdrucker und dem Verbands der Graphischen Arbeiter Jugofraktes in Zagreb (Ungarn) ist unter dem 15. August 1921 ein Gegenständigkeitsvertrag abgeschlossen worden. Die in diesem Vertrage festgelegten Karenzen zum Bezuge von Unterfraktionen betragen in der Reihenfolge 13 Wochen für Neueinsteiger und 28 Wochen für Mindererlebende, in der Konditionalsunterfraktion am Ort 52 Wochen, in der Krankenunterfraktion 28 Wochen, in der Invalidenunterfraktion 450 bzw. 700 Wochen, für die Gewährung von Geldbeleg 52 Wochen. Alle übrigen Bestimmungen entsprechen den auf internationalen Kongressen getroffenen Abmachungen. Der Verbandsverwand.

### Betreffend Zustellung des „Graphischen Bund“ Nr. 3

Durch die Schuld der Expedition der Drucker ist eine ganze Reihe von Orten nicht in den Besitz der Nummer des „Graphischen Bund“ gelangt. Wir bitten die Funktoren der in Frage kommenden Orte um entsprechende Mitteilung, damit unterdessen für nachträgliche Zustellung der lebenden Nummer Sorge getragen werden kann. Der Verbandsverwand.

### Betreffend Verwendung von Verbandsbüchern

In letzter Zeit häufen sich die Klagen über verloren gegangene Verbandsbücher, hervorgerufen durch mangelhafte Verpackung. Wir möchten die Herren Funktoren ersuchen, bei der Verwendung von Verbandsbüchern durch die Post fest Beschlussschläge zu verwenden und diese außerdem noch mit einer Schnur zu umschließen. Zur Vermeidung unbilliger Schreibereien und Portis eruchen wir weiter, bei der Aberfindung von Verbandsbüchern eine für den Empfänger bestimmte Mitteilung über den Zweck der Sendung beizulegen. Die Hauptverwaltung.

### Betreffend Statistikarten für die Zählung der Arbeitslosen

Die für das Reichsamt für Arbeitsvermittlung bestimmten Statistikarten für die Zählung der Arbeitslosen für den Monat Juli 1921 sind nach nachstehenden Orten nicht eingelangt worden: Goidap, Heilsberg, Marienburg, Marienwerder, Paph, Insterburg, Grefswald, Eberwalde, Potsdam, Kottbus, Bitterfeld, Halle a. d. S., Naumburg, Salzwedel, Welfensfelde, Seib, Elmshorn, Torkumund, Bonn, Guld, Welsch, Offenbach, Welsch, Erding, Freising, Gunglburg, Kaufbeuren, Klingen, Klingen, Kronach, Landau a. d. Isar, Lindau, Memmingen, Mindelheim, Regensburg, Seib, Straubing, Stoberg. — Die Karten aus Bilsheim und Münster l. W. gingen zu spät ein.

Die Hauptverwaltung.

Bayern. Dem Drucker Karl Radtke ist angeblich das Verbandsbuch (Sondernummer) 10/21“ am 21. September 1921 vom Postamt Nürnberg Nr. 10/21“ abhandeln gekommen. Dieses Buch wird für ungültig erklärt. Die Herren Ver-

## Wohnungsfragen

### Die Mieteingangsämter

Nachdem die maßgebenden Körperstellen zu der Erkenntnis gekommen sind, daß an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungsweins vorläufig nicht gedacht werden kann, hat man die Geltungsbauer des Wohnungsmangelgesetzes vom 11. Mai 1920 verlängert. Das Wohnungsmangelgesetz ist unter Dach und Fach gebracht worden; während der Herbsttagung des Reichstags wird das Reichsmietengesetz — wie jetzt bekannt wird — auch ein Gesetz betreffend die Mieteingangsämter verabschiedet werden. So notwendig die Umgestaltung der Mieteingangsämter und damit die Schaffung eines wirklichen Mieterschutzes ist, so sehr ist es aber auch geboten, auf der Hut zu sein, damit die genannten Institutionen nicht noch mehr als bisher im Interesse des Hausbesitzers ihre Tätigkeit entfalten. Besonders in Sachen hat man in dieser Hinsicht trübe Erfahrungen gesammelt. Hier haben die Mieteingangsämter das Recht, die Höhe der Mietfestsetzungen festzusetzen; selbstverständlich ist von diesem Rechte weidlich Gebrauch gemacht worden, so daß man wohl behaupten kann, daß Sachlen in bezug auf die Mietfestsetzungen mit an erster Stelle steht. In Leipzig steht es überhaupt außerordentlich krautig aus. In dieser Stadt besteht am 31. März d. J. 9501 Wohnungen. Unter den schwersten Verhältnissen werden jährlich etwa 600 Wohnungen in Angriff genommen, so daß, wenn man die fortgesetzte Zunahme der Wohnungsuchenden in Betracht zieht, Jahrzehnte vergehen werden, bis einigermaßen Wandel geschaffen sein wird.

Das Verfahren vor den Mieteingangsämtern soll vereinfacht werden; man will insbesondere vermeiden, daß Mieter und Vermieter miteinander streitig verhandeln. Der Antrag auf Festsetzung der Miete seitens des Hausbesitzers nebst Begründung soll in Zukunft dem Mieter vom Mieteingangsamt zugestellt werden. Wenn der Mieter innerhalb einer bestimmten Frist keinen Widerspruch erhebt, so beschließt das Mieteingangsamt unter Würdigung der vorgebrachten Gründe. Die Beschlüsse sollen fernerhin nur vorläufig vollstreckbare Wirkung haben und erst dann rechtskräftig werden, wenn keine der beiden Parteien — wiederum innerhalb einer gewissen Frist — Beschwerde erhebt. Aber etwaige Beschwerden soll das Amtsgericht entscheiden. Um zu verhindern, daß Hausbesitzer und Mieter die Mieteingangsämter zur Ausstrahlung ihrer privaten Streitigkeiten mißbrauchen, wird in allen Fällen, in denen ein Vergleich nicht zustande kommt, eine Spruchgebühr erhoben werden. Auch soll es dem Mieteingangsamt gestattet sein, auf Antrag der unterliegenden Partei die Erstattung der Kosten ganz oder teilweise der obliegenden Partei aufzuerlegen.

Wir werden gegebenenfalls auf dieses in Aussicht stehende Gesetz zurückkommen.



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Beitrag ist bei Bestellung gleich mit einzuliefern.

Beilage zu Nr. 96 — Leipzig, den 20. August 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Berlin.** (Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein.) In der Versammlung am 7. August teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß unter Kassierer Güter soweit hergestellt ist, daß er die Geschäfte wieder übernehmen könne. Der in der letzten Versammlung beschlossene Modus über das Einhalten der Beiträge wird des leichteren Verrechnens wegen wie folgt abgeändert: Die ersten beiden Monate im Vierteljahr werden je 1,20 Mk., im dritten Monat 1,50 Mk. erhoben. Das Beitragsgeld für Arbeitslose wurde auf 6 Mk. erhöht. Hierauf erstattete Kollege Braun Bericht über die Mitgliederbewegung im letzten Halbjahre: Bestand Ende 1920 1309, neu aufgenommen umf. 105, abgetreten, gestrichen umf. sind 169 Mitglieder. Gesamtmitgliederstand am Ende des Halbjahrs 1245. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende bekannt, daß unsre technischen Kurse Anfang Oktober wieder beginnen. Des weiteren wird Kollege Höbner in der Oktoberversammlung einen Vortrag über „Sozialhygiene“ halten. Die von interessierter Seite aufgestellte Behauptung, wonach unsre Kollegen sich weigerten, Handlöhner an der Maschine auszubilden, fand glatte Widerlegung, indem durch eine Umfrage festgestellt wurde, daß in Berliner Druckereien im letzten Vierteljahr rund 100 Kollegen ausgebildet wurden bzw. zur Zeit ausgebildet werden. Außerdem konnte die Zentralkommission mitteilen, daß an andern Orten ebenfalls ausgebildet werde. Aus einigen Orten wurde berichtet, daß sie keinen Maschinenlehremangel hätten. Zur Aufnahme meldeten sich 26 Kollegen. Nächste Versammlung am 4. September.

**Darmstadt.** Die Bezirksversammlung am 11. August wies einen zahlreichen Besuch namentlich der auswärtigen Kollegen an. Bezirksvorsitzender Bahler referierte eingehend über die Gavoursteherkonferenz. Er empfahl zum Schluß seiner Ausführungen Zustimmung zu den dort gefaßten Beschlüssen und die Annahme des Schiedspruchs des Reichsarbeitsministeriums vom 25. Juli, was von der Versammlung nach längerer Diskussion gefaßt. Was die Wirtschaftsbefehle mit dem 26. Juli für die Verarbeiteten gebracht habe, sei allerdings infolge der Protokollfehler, ohne von den andern Artikeln zu sprechen, schon längst überholt. Wenn man von andern Industriegruppen hört, daß sie schon längst einen um 100 Mk. höheren Wochenlohn, als wir hier in Darmstadt, haben, müsse man sich klämen, Buchdrucker zu sein. Bei der Tarifausübung im September würden hoffentlich unsre Gehilfenvertreter andre Saiten aufspannen, um der Gehilfenschaft ein auskömmliches Dasein zu ermöglichen. Nachdem verschiedene Kollegen des besetzten Gebiets infolge einer Besatzungszulage in den Ausland getreten sind, haben unsre dem Bezirke zugehörigen Grobgrauer Kollegen auch ein Recht, eine Besatzungszulage zu verlangen. Diesbezügliche werden sofort bei ihren dortigen Prinzipalen vorstellig werden. Die Versammlung fand einstimmig auf dem Standpunkte, den Grobgrauer Kollegen beizustehen. Den Bericht und die Abrechnung vom zweiten Quartal gab unser Bezirkskassierer Böhm, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Die Abrechnung des Johannistages ergab einen Überschub. Unter „Verschiedenem“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt.

**Selbberg.** In einer außerordentlichen Versammlung am 28. Juli erstattete unser Gavourstehender Coradi (Mannheim) Bericht über die Gavoursteherkonferenz und gab im Verlauf desselben das Ergebnis der diesmaligen Tarifverhandlungen bekannt. Nach reger Diskussion erklärte man sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und nahm eine eingegangene Resolution einstimmig an: „Die heutige, am 28. Juli im „Artschhof“ stattfindende Versammlung nimmt nach einem Berichte des Gavourstehenden Stellung zu den Ergebnissen des Schiedspruchs vom 25. Juli. Sie erklärt, daß das Erreichte noch weit entfernt ist, um den so nötigen Ausgleich zwischen Lohn und Existenzminimum herbeizuführen; verkennt jedoch nicht die Schwierigkeiten der Verhandlungen und nimmt das Ergebnis an in Würdigung der festen Haltung der Gehilfenvertreter.“ — Am 7. August fand eine halbjährliche Hauptversammlung statt. Die Teilnahme daran ließ sehr zu wünschen übrig. Aus der Tagesordnung sei der Bericht der auswärtigen Kollegen über die tarifliche Lage in ihren Druckereien besonders hervorzuheben. Es bleibt hier noch manches zu tun übrig. Der Antrag des Bezirksvorstandes wurden nach reger Debatte zum Beschluß erhoben: a) Die auswärtigen Bezirksvereinsmitglieder senden zu den halbjährlich stattfindenden Hauptversammlungen bis zu sechs Mitgliedern einen Delegierten; für weitere sechs Mitglieder je einen Delegierten. Letztere erhalten volle Fahrtvergütung vierter Klasse. b) Den durchreisenden Kollegen ist ein Quittum von 10 bzw. 15 Mk. aus der Bezirkskasse zu zahlen. Das Umstehen in den Druckereien soll dadurch vermieden werden. c) Aus der Stranckenunterstützungskasse „Typographia“ werden weiterhin täglich 2 Mk. Unterstützung gewährt. Die Unterstützungsdauer wird auf die jeweilige Dauer der Verbandsunterstützung erweitert.

d) Zur Beistellung dieser Mehrausgaben wird der Bezirksbeitrag um 30 Pf., derjenige zur „Typographia“-Kasse um 20 Pf. erhöht.

**Karlsruhe.** (Maschinenfabriker.) Am 7. August fand unsre diesjährige, goldene Jahrsversammlung statt, zu der auch Kollegen von Esslingen und Rastatt erschienen waren. Drei Kollegen wurden in die Vereinigung aufgenommen. Die Versammlung nahm Stellung zu der gegenwärtig steigenden Nachfrage nach Maschinenlehren. Sie verwarf die Gründung von Schmalzschulen und Bildung von Kursen und stand auf dem Standpunkte, daß die Betriebe ihren Nachwuchs aus dem Handlöhnerpersonal entnehmen sollten. Eine sehr erregte Aussprache erfolgte über den Punkt: „Entlohnung der Maschinenlehren“. Sie brachte zum Ausdruck, daß die gegenwärtige Entlohnung mit der heutigen teuren Lebenshaltung nicht mehr im Einklang steht. Ein Antrag auf dringliches Vorgehen zur Verbesserung unrer Wirtschaftslage wurde abgelehnt. Die Kollegen sind der Auffassung, daß nur durch zentrales Vorgehen ihnen am besten geholfen werden kann. Sie beantragten aber die Tarifinstanzen, daß sie bei den nächsten Verhandlungen ganz energisch für die Forderungen der Maschinenlehren eintreten. Unter Punkt „Technisches“ hielt Kollege S. Kuhn (Wabstun) einen Vortrag über die neue Schmalzschneidbelegung „Elektro-Brandt“, dem alle Kollegen mit großem Interesse folgten und der beifällige Aufnahme fand.

**Karlsruhe.** Eine an Stelle einer Ortsvereinsversammlung tagende Vertrauensmännerversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 25. Juli. Nur schwer konnte diese ihre Zustimmung hierzu geben, da er den berechtigten Erwartungen in keiner Weise entspricht. Wenn trotz Tarifgemeinschaft und jahrelanger Fortbildung es nicht möglich ist, das zum Leben Notwendige zu erhalten, so drängt die jetzige gespannte Situation auf eine Entlastung. Nicht zuletzt der Appell des Verbandsvorstandes, die Einheitsfront nicht zu durchbrechen, trug dazu bei, von einem weiteren Schritte der Selbsthilfe Abstand zu nehmen. Von den Septemberverhandlungen wird jedoch erwartet, daß sie eine endliche Besserung durchgreifender Art bringen und auch vor einer eventuellen Strafprobe nicht zurückgeschreckt wird, da bei dem jetzigen Zustande, wo wir immer die Leidtragenden sind, nicht die Gewähre für Mißtrauherhaltung, der Ruhe und Ordnung übernommen werden kann.

**Köln.** (Vierteljahrsbericht.) Das vergangene Vierteljahr war, da es unter dem Zeichen der Neuregung der Lohnaufschläge und den Tarifverhandlungen stand, naturgemäß ein bewegtes. Die in unserm Ort immer höher steigende Verteuerung der Lebenshaltung (die Verteuerung übersteigt in einzelnen Punkten selbst die der Großstädte) veranlaßte uns, beim Kreisamte die Erhöhung des Sozialzuschlags auf 20 Proz. zu beantragen. An der Salsstarrigkeit und Einheitslosigkeit der Sozialhilfe Prinzipale, die trotz unrer überzeugenden, amtlich beglaubigten Unterlagen auf dem Standpunkt absoluter Ablehnung standen, scheiterten indes unsere Bemühungen. Der sofort eingelegte Protest wurde erst nach den Hauptverhandlungen verhandelt und brachte uns am 1. Juni 15 Proz., also ganze 2,65 Mk. „Zulage“. Erst ab 1. November d. J. sollen 17 1/2 Proz. gezahlt werden. — Zu den Tarifverhandlungen wurde erst in der Juliversammlung Stellung genommen, als das endgültige Resultat vorlag. Die Versammlung sprach ihre vollste Unzufriedenheit mit diesem Resultat aus. Besonders die minimale Abpfeilung der jungen Kollegen fand die schärfste Mißbilligung, da die Prinzipale zweiwels einen Stiel zwischen der Gehilfenschaft zu treiben verstanden. Zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit zwecks Unterbringung arbeitsloser Kollegen wurden unterseits Schritte beim Magistrat unternommen, die leider resultatlos verliefen. Ein Gegenstand lebhafter Aussprache war auch die in unserm Orte sehr im argen liegende Frage des Herbergswesens, da es reisenden Kollegen trotz des Zuschusses vom Ortsverein oftmals unmöglich ist, ein Nachlager zu finden. Für baldige Abhilfe soll Sorge getragen werden. — Vom Graphischen Markt wurde eine Versammlung abgehalten mit dem Thema: „Die Notlage im graphischen Gewerbe“. Als Referent war Kollege Pritschow (Berlin) erschienen. Leider entsprach die Versammlung nicht den gestellten Erwartungen. — Unter Johannistag wurde am 19. Juni unter zahlreicher Beteiligung veranstaltet und ließ in einigen frohen und schönen Stunden die Alltagsorgen vergessen. Für den gelanglichen Teil hatte die „Typographia“ gesorgt. — Bedauerlich ist der in unserm Ort in letzter Zeit sehr schwache Veranlagungsbesuch, der wohl teilweise auf die große Hitze zurückzuführen ist, die bis vor kurzem herrschte. Leider hatte unser Ortsverein den Tod zweier beliebter Kollegen zu beklagen, die kurz hintereinander im Monat Juli verstorben sind. Ihr Andenken bleibt in Ehren.

**S. Krefeld.** Die für den 7. August nach Krefeld einberufene, von 120 Kollegen besuchte Bezirksversammlung genehmigte zunächst Protokoll und Kassibericht. Dem Schriftführer wurde vorgelesen, im letzten „Korr.“-Bericht in einer bestimmten Angelegenheit seiner persönlichen Meinung, die das Situationsbild zu verfeinern

geeignet wäre, Ausdruck gegeben zu haben. Vorstehender Sachverhalt entledigte sich der geschäftlichen Mitteilungen. Aus diesen ist hervorzuheben das Ergebnis einer Verhandlung des Bezirksvorstandes mit dem Vorstande des B.Z.V. für den Schiedsgerichtsbezirk Krefeld. Danach wird ab erster Augustwoche den Gehilfen die seit langem strittige Sonderzulage differenz und für die zurückliegende Zeit von der ersten vollen Juniwoche ab eine Zulage von 50 Mk. für Verheiratete und 25 Mk. für Ledige einmal gezahlt. In der Diskussion, in die auch Gavourstehender Bertram eingriff, erschöpfte sich die Unzufriedenheit einer größeren Anzahl von Kollegen mit ihrer wirtschaftlichen Lage im allgemeinen und dem Verhandlungsergebnis im besonderen in einem Antrag auf Abfindung im Bezirke, der jedoch nicht genügende Unterstützung fand. Kollege Bertram entledigte sich hierauf insolge vorgegriffener Zeit in gedrängter Kürze eines Referats über die augenblickliche Lage im Gewerbe.

**Rangensalza.** In der Versammlung am 13. August wurde nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten sowie Entgegennahme des Quartals- und Quartalsberichts nochmals Stellung zu dem vom Reichsarbeitsministerium gefällten und bereits in Kraft getretenen Schiedspruch genommen. Nach längerer Debatte, in welcher die Ziele des Unternehmertums im allgemeinen und die unrer Arbeitgeber im besonderen beleuchtet wurden, kam folgende, aus der Mitte der Versammlung gestellte Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Ortsvereinsversammlung ist auch mit dem revidierten Schiedspruch, keinesfalls zufrieden, da er uns im entferntesten nicht das bringt, was zum Leben gebührt; findet sich aber notgedrungen damit ab. Wenn der besagte Ortsverein sich nicht zum örtlichen Vorgehen entschließt, so nur deshalb, weil wir der festen Meinung sind, daß nur ein zentrales Vorgehen für die gesamte Kollegenschaft von Vorteil sein kann. Sollten aber in der Septemberberingung unsre Forderungen wieder nicht in Erfüllung gehen, so wird uns nichts mehr zurückhalten, das zu tun, was wir für notwendig erachten, um zu erreichen, was wir für unrer Existenz benötigen. Unrer Forderung für die Septemberberingung muß sein: In unsern jetzigen Wochenlohn zu aufzubauen, daß er an Kaufkraft dem von 1914 gleich.“ Die in der Versammlung zum Ausdruck gekommene Zustimmung zeigte, daß die Gehilfen bereit sind, mit allen Mitteln für eine Verbesserung ihrer nicht mehr ertragbaren Lage einzutreten. Insbesondere deshalb, weil am Orte die Arbeiter in der Textilindustrie, Baugewerbe, sogar ungerne Arbeiter bis zu 2 Mk. mehr Stundenlohn als die Buchdrucker haben.

**Rangensalza i. B.** In Ausführung eines Urteils des Schiedsgerichts Plauen war es gelungen, die besagten Kollegen zum Anschluß an den Verband zu bewegen. Aus diesem Anlaß fand am 7. August hier eine Bezirksversammlung statt, an der eine Anzahl Kollegen aus Plauen, Auerbach, Reichenbach, Treuen und Rangensalza sowie unser Gavourstehender Ortel (Chemnitz) teilnahmen. Dieser hielt ein Referat mit dem Thema: „Verband, Tarifgemeinschaft und gegenwärtige Situation“. Ausgehend von dem Grundgedanken, daß Organisations Zweck bedeutet, schärferte Kollege Ortel in kurzer, aber sehr anschaulicher Weise die Ziele, das Werden, das Wirken und die Kämpfe unrer Verbandes, dabei besonders die Ereignisse der letzten Wochen hervorhebend. Nachdem dann die Rangensalzaer Kollegen der Treuener Mitgliedschaft angegliedert worden waren, wurden sie vom Kollegen Ortel wie auch vom zweiten Bezirksvorstehenden Stober in eindringlichen Worten ermahnt, für die Zukunft ihre Pflichten als Verbandsmitglieder jederzeit treu zu erfüllen. Damit steht zu hoffen, daß der Verband nun auch in diesem bisher noch dunklen Winkel unrer Gaus dauernd festen Fuß fassen wird.

**Wien.** Unre am 6. August abgehaltene Versammlung war wiederum auf Besuch. Nach Verlesung der Anwesenheitsliste riefte Kollege Johannes Schneider das Verhalten der jüngeren Kollegen, die stets durch Abwesenheit plägen, sich um das Gewerkschaftsleben nicht kümmern, mehr aber den sportlichen Veranstaltungen Rechnung tragen. Dadurch kann eine gesunde Gewerkschaftsbewegung nicht betrieben werden. Gerade diese Kollegen sind es, die nach jeder Lohnerhöhung, die nicht nach ihrem Wunsche in Erfüllung ging, die Nase rümpfen und am Fasten gegen die Gewerkschaften weiten, aber keinerlei gewerkschaftliches Gefühl in sich tragen. Dieses Verhalten wird die nächste Versammlung durch Beschluß zu befehlen versuchen. Ferner wurde der neue Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums einer scharfen Kritik unterworfen. Wenn man augenblicklich zu einem schwerwiegenden Beschluß nicht kam und mit diesen Befürwortern sich begnigte, so geschah das in der Erwartung, daß der Verbandsvorstand keine Zeit verschrecken lasse, um mit Nachdruck den Arbeitgebern nachzugehen, daß etwas mehr zur Linderung der Not der Gehilfen geschehen muß. Festgesetzt wurde, daß die meisten besagten Arbeitgeber die Wirtschaftsbefehle wöchentlich auszubien, weil sie wissen, daß die paar Pfennige jeder so schnell wie möglich braucht. Von größerem sozialen Verständnis

zeugte das Verhalten der Buchdruckerei S. H. Burmeister, die ihrem gesamten Personal die doppelte Wirtschaftsbefehle gewährte, auch sonst stets das gute Einvernehmen zu wahren verstand. Allerdings ist bemerkbar, daß diese Firma dem Deutschen Buchdruckerverein abträglich gewo- den ist, weil sie unter der Fuchtel gewisser Schar- macher nicht mehr stehen will, sondern stelen Frieden im Betriebe liebt. Auch andre Firmen würden gern diesem Beispiel folgen, wenn die abgeschlossenen Geheimverträge und Konventionen ihnen nicht hinderlich wären. Den Gehilfen gemachte Schenkungen dürfen der Öffentlichkeit nicht unterbreitet werden. Im übrigen verleiht die Verlammlung sehr anregend. — Warnung! Die Funktio- näre sowie alle Kollegen werden vor dem früheren Mitgliede Walter Sachs aus Regauß, der wegen Reffen ausgeschlossen wurde, gewarnt. Er betreibt jetzt das Ge- schäft eines Inzeratensammlers, Selektions usw. und ver- kehrt es stets, aus Kollegenkreisen sich „unliebbar“ zu verabschieden.

## Rundschau

Zur Situation. In der Sitzung des Kreisamts des II. Tarifkreises (Rheinland-Westfalen) am 16. August in Köln wurde nach einem uns von W. K. H. dieser Nummer zugegangenen Bericht in Nr. 149 der „Zurener Zeitung“ folgender Beschluß gefaßt: „Auf die am 27. Juni und 25. Juli vor dem Reichsarbeitsministerium festgelegten monatlichen Wirtschaftsbefehlen wird ein Zuschlag von 150 Proz. für die Monate August und September bewil- ligt, zahlbar jeweils am dritten Vorklage des Monats. Gehilfen der Klasse A bis 21 Jahre erhalten an allen Orten des Kreises II außerdem eine monatliche Zulage von 45 Mk. und die Neuausgelernten von 30 Mk. monat- lich. Alle seit dem 25. Juli getroffenen örtlichen Ver- einbarungen sind nichtig und werden durch das heutige Abkommen ersetzt. Örtliche Vereinbarungen, die über die obigen Sätze hinausgehen, bleiben bestehen. Das letzte Köhler Abkommen bleibt von der heutigen Vereinbarung unberührt. Die Orte Ursberg, Bielefeld, Gummersbach und Münsler und alle Orte des Kreises II, die keine Sonderzulagen haben, erhalten, soweit sie 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Proz. und mehr Vorklagezuschlag haben, 125 Proz. Zuschlag auf die monatliche Wirtschaftsbefehle. Alle übrigen Orte von 0 bis einschließlich 10 Proz. Vorklagezuschlag eine Zulage von 100 Proz. auf die monatliche Wirtschaftsbefehle.“

Nachahmenswertes Beispiel. Die Firma Fr. Bieder- mann & Co. in Bruchsal in Baden, Verlag des „Bruch- saler Boten“ gewährt ihrem Personal, wie schon vor dem Krieg, im Monat August jedes Jahres einen Anteil am Geschäftsgewinn in Höhe von 100 bis 1200 Mk., je nach Geschäftsgang. Außerdem erhalten dieselben ein Weihnachtsgeldchen von je 50 Mk. Es ist dies die einzige Firma am Orte, die ihrem Personal gegenüber ein- der- artiges Entgegenkommen zeigt.

Die Zeitungsverbote. Die Zeitungsverbote häufen sich immer mehr. Verbote der Einfuhr wechseln mit Verboten des Erscheinens von Zeitungen ab. Beides muß wegen seiner Wirtschaftsschädlichkeit verurteilt werden. Am meisten interessieren die Gehilfenchaft die Verbote des Erscheinens, da diese nächst dem Verleger und An- gestellten auch ihr den Verdienst rauben, den sie am aller- wenigsten entbehren kann. Besonders hrasse Fälle wegen ihrer langen Zeit sind u. a. das wiederholte Verbot der „Düsseldorfer Zeitung“ auf drei Monate wegen eines poli- tischen Artikels, das Verbot des „Echo vom Niederrhein“ auf drei Monate wegen angeblicher Beleidigung der fran- zösischen Armee sowie der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, eines Unternehmerrates, bis zum 18. Oktober. Im Be- reich des Brindenkopfes wurden wiederholt verboten die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und „Der wahre Jakob“, zuletzt auf drei Monate, ebenso der „Mitt“. In Ober- schlesien leidet das Zeitungsgewerbe andauernd durch direkte oder indirekte Einwirkungen und während des Aufstiehs, der jetzt wieder von neuem aufsteht, war es teil- weise fast ganz unterbunden. In selten politischer Soch- konjunktur unterliegen und unterliegen jetzt noch haupt- sächlich die egyptenblätter, je nachdem von welcher Seite gefährdet wird oder die Macht entlastet werden kann, sehr häufig der Beschlagnahme oder des Verbots auf längere oder kürzere Zeit. Wir erinnern an die ver- schiedenen politischen Streiks gegen die damalige sozia- listische Regierung, an den Stapp-Putsch usw. All das hat fast die gesamte Kollegenchaft schwer in Mitleiden- schaft gezogen. Aus jüngster Zeit sind bezüglich Zeitungs- verbote der mitteldeutsche Putsch und namentlich die ver- fassungswidrigen Zustände in Bayern zu erwähnen. Die Folgen des mitteldeutschen Putsches dürften seit Anfang August mit Aufhebung des Verbots kommunistischer Preß- erzeugnisse endgültig beseitigt sein. In München herrscht ater die Mahr Regierung auf Kosten der Preßfreiheit und der darunter leidenden Kollegenchaft weiter. Gegen den größtenteils Mißbrauch der Preßfreiheit durch den „Mies- bacher Anzeiger“ und den „Börslichen Beobachter“, der jetzt als „Nationalsozialist“ weiter erscheint und erst kürz- lich schrieb: „Die Mitglieder der Berliner Reichsregierung sind als objektive Verbrecher anzusehen“, wird von Pöbner nicht eingeschritten. Das ICM-Organ, die „Münchner Morgenpost“, ist aber von ihm bis auf unbestimmte Zeit verboten worden, weil das Blatt nach dem Polizeigewalt- nen, „eine schamlos landesverräterische Sprache führe“. „Der Kampf“ wurde seiner Zeit für beherzigtes Eintreten gegen die Mörder des Abgeordneten Garetz verboten und auch an seine Stelle die „Münchner Morgenpost“ trat, die auch nur für Arbeiterrechte eingetreten ist, mußte sie denselben Weg gehen. Man sieht, der politische Meinungsstreit, der

uns Buchdrucker zum Teil mit Arbeit verlor, kann bei verschärfter Ausstrahlung ins Gegenteil verandert werden.

Der Streik der Berliner Konfobuchbinder. Laut Be- richt des Berliner graphischen Gewerkschaftsrates hat bei der Firma Alshelm der Kampf die schärfsten Formen an- genommen. Im Verein mit einer kleinen Anzahl Streik- brechern stellen hier die Werkmeister kümperhafte Ar- beiten her, die schließlich gar nicht zu verwerfen sind. Mit Bier und Geld werden die Streikbrecher traktiert, um sie bei der Stange zu halten, während man es bei den allen Arbeitern wegen weniger Plennie darauf ankommen lieh. Der Oberstarchmacher Alshelm hat überall Kriminal- beamte postiert, die neben der Streikpostenaufsicht auch in Gemeinkraft mit den Streikbrechern das Abladen von Papierrollen und Kisten belagern — auf Kosten der All- gemeinheit? Oder wird die Streikarbeit bezahlt? Alle in Betracht kommenden graphischen Berufe werden wieder- holt aufgefordert, Solidarität zu üben und Streikarbeit abzulehnen.

Das gute Inzerat. Unter diesem Namen hat die „Textwoche“, das offizielle Organ des Reichsbundes des Textileinzelhandels, zwei Wettbewerbe ausgeschrieben, die mit der Gesamtsumme von 40000 Mk. dotiert sind. Man erhebt daraus, wie für wichtig die Führer dieses großen Zweiges des deutschen Handels die richtige Fassung und Gestaltung des Zeitungsinzerats halten. Es ist ja merk- würdig genug, wie wenig dieses wichtigste Werbemittel des Kaufmanns im allgemeinen gepflegt wird. Das deutsche Buch hat sich durch seine gute, meistens muster- hofte Herstellung in Sah und Bruch einen ehrenvollen Platz in der Welt erobert. Wann auch die fasttechnische Plakatkunst ihren Platz behauptet, so ist doch das Plakat zum Teil ein eigener Kunstzweig geworden, für den viele namhafte Kräfte tätig sind. An allen Kunstgewerbe- stellen werden Künstler für die besonderen Zwecke der Gebrauchsgraphik ausgebildet. Jetzt kommt nun auch das Zeitungsinzerat daran, das bisher der künstlerischen Betätigung des Sehers allein vorbehalten blieb und von vieler ganzen Bewegung der Erneuerung des Kunsthand- werks in Deutschland wenig zu spüren bekommen hat. Der erste Wettbewerb will das Interesse erregen, er will den Ehrgeiz der Firmen wecken, auch im Inzerat Beson- deres zu leisten. Der zweite Wettbewerb, der sich an die Künstler wendet und freie Entwürfe, richtige Formungen unwirklicher Inzerate verlangt, will die Mannigfaltigkeit der Lösungen zeigen, die diese Aufgabe zuläßt. Die Preise sind hoch angelegt, von 1000 Mk. bis zu 5000 Mk. hinauf, im Verhältnis zu der verlangten Arbeit höher als gewöhnlich bei Wettbewerben. Der Ehrenauschub besteht aus den Führern des Textileinzelhandels in ganz Deutschland. In der Jury wirken Künstler von hohem Rufe, wie Behrens, Bernhard usw., und bekannte Kunst- schriftsteller mit Männern der Praxis zusammen. Die Ein- lieferung der Arbeiten muß bis zum 6. September erfolgt sein. Die Entscheidung wird im Oktober veröffentlicht werden.

Ein Berliner Buchdruckeroriginal gestorben. Muller Stern (Frau Pauline v. Zelowskij), ein in Berliner Buch- druckereien gut bekanntes Original, ist dieser Tage im Alter von 84 Jahren gestorben. Über 45 Jahre lang hatte die gern geliebte Frau Woche für Woche in Berliner Buchdruckereien ihren Umgang, die Buchdrucker mit ihrem Fleißkrampf versorgend und Leid und Freud mit ihnen teilend.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale für das hungernde Rußland. Alle Delegierte der am 12. und 13. August in Berlin abgehaltenen Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dem der Allge- meine Deutsche Gewerkschaftsbund und unter ihm der Verband der Deutschen Buchdrucker angeschlossen sind, haben sich dahin ausgesprochen, daß das internationale Proletariat, soweit es gewerkschaftlich organisiert ist, aus rein menschlichen Gründen dem russischen Volke zu Hilfe kommen müsse, obwohl die Moskauer Internationale und ihre Freunde die erbittertesten Feinde des Bundes wären und die Not in allen Ländern selbst groß genug ist. In einer Entschließung kommt das Mißgefühl zum Ausdruck, die unternommenen Aktionen der angeschlossenen Organi- sationen werden gutgeheißen und danach beschlossen, die schon im Gange befindlichen Sammlungen im Interesse ihrer sofortigen und wirksamen Verwendung zusammen- zufassen, zu erweitern und zu zentralisieren. Eine Expe- dition wird sofort organisiert und eine Summe von einer Million Mark aus Mitteln des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereitgestellt. Mit dem Rufen Streuz wird unter Wahrung der Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Aktion auf technischem und organisatorischem Gebiete Ver- bindung hergestellt, um die Transportfrage zu regeln. Die Landeszentralen sind verpflichtet, wo noch keine Hilfs- aktionen eingeleitet sind, dazu ihre Regierungen durch stärksten Druck zu veranlassen. Eine gemeinsame und wirkungsvolle Aktion der ganzen Arbeiterklasse der Welt ist damit zustande gekommen. Alle Hilfsbestrebungen für Rußland sollten sich in den großen Plan einordnen und jede aus parteilichlichen Gründen geborene Eigenbrötelei müße verschwinden. Hier sollte es einmal ohne Zer- splitterung gehen. Es ist eine Ehrenpflicht der Arbeiter- schaft, dem von Hunger und Seuchen heimgesuchten Ruß- land zu helfen. Zu diesem Zweck sollten aber nur die von den freien Gewerkschaften (Gewerkschaftskartellen) heraus- gegebenen Listen gezeichnet werden. Nur dadurch ist Gewähr geboten, daß die aufgebrachtten Mittel einwand- frei verwendet werden. Sie werden dem „Hilfskomitee Rußlandhilfe“ überwiesen, dem auch die Gewerkschafts- vertreter angehören.

Merkwürdige Fragebogen der „Bera“. Die Ver- lagsanstalt „Bera“ in Berlin versendet neuerdings an

stellungsluchende Buchdruckergehilfen einen Fragebogen, der Fragen über Verhältnisse und Bekannnisse der Stellung- suchenden enthält, deren Beantwortung jeder noch einiger- mahen selbständig denkende und fühlende Arbeiter ab- lehnen muß. Insbesondere die Fragen nach der Kon- fession, nach den Eltern und nach dem Militärdienst sind solche Fragen, die mit einem Arbeitsvertrage für einen aufrechten Arbeiter überhaupt nichts zu tun haben. Wenn die Firma glaubt, die Einstellung der Buchdrucker je nach Religion, Abstammung und militärischer Gesinnung vor- nehmen zu können, so wird sie wahrscheinlich recht bald die Erfahrung machen, daß sie nur solche „Arbeitskräfte“ zur Verfügung hat, die nach Weltanschauung, Rasse und persönlicher Unterwürfigkeit in den diesbezüglichen Maß- stäben der „Bera“ wohl entsprechen dürften, um so weniger aber bezüglich der Hauptfache, auf die es in einem ver- nünftigen Arbeitsvertrage, d. h. in Hinblick auf die Ar- beitsleistung und beruflichen Sinnhaftigkeit, ankommt. Wenn ein tüchtiger Arbeiter, der zugleich auch religiös veranlagt ist, beträchtlich lehrere Frage als Herzensange- legenheit, die andre Leute gar nichts angeht; ein tüchtiger und charaktervoller Arbeiter macht auch seine Arbeit nicht von seiner Stimmung abhängig, sondern von seiner eignen Leistungsfähigkeit, und schließlich bildet sich auch ein wirklich tüchtiger Arbeiter auf seine Militärdienst am allermeisten ein, weil dabei für jeden vernünftig denkenden Menschen mehr Zwang als freiwillige und arbeits- freudige Hingebung in Frage kam.

Mangelhafte gewerkschaftliche Nachsicht. Trotz- dem im „Stor.“ schon des öfteren das fürwählige Ver- halten des Buchdruckerleiters Th. Schulz in Her- burg beleuchtet wurde, wie auch dessen Firma im Ver- zeichnisse der tariflosen Druckereien nicht enthalten ist, gibt es doch immer wieder Kollegen, die bei diesem Herrn in Stellung treten. Die vorgeschriebenen Erlaubigungen bei dem Gauvorstande werden nur selten eingehoben. Es wird daher durch diesen Hinweis noch einmal darauf auf- merksam gemacht, daß die Buchdruckerei von Th. Schulz in Herburg für tariflose Gehilfen gesperrt ist.

Reichsausshub für Arbeitswissenschaft. Der vom Reichsarbeitsministerium vor Jahresfrist begründete Reichs- ausshub für Arbeitswissenschaft ist bisher nicht in Tätigkeit getreten, da das Finanzministerium hierfür keine Mittel zur Verfügung stellte. Der Ausshub, der aus hervor- ragenden Gelehrten zusammengesetzt ist, will mit den wert- vollen Methoden der Arbeitswissenschaft es verwirklichen, daß jeder entsprechend seinen Anlagen in den richtigen Beruf gelangt und im Berufe wieder die Spezialarbeit findet, in der am erfolgreichsten gearbeitet wird. Es wäre Sache des Reichstages, darauf zu drängen, daß endlich die Mittel dazu bewilligt werden, damit der Ausshub bald an seine wichtigsten Aufgaben gehen kann. Bögern wir nicht solange, damit nicht die andern Staaten, in denen die neue Wissenschaft mehr zur Entwicklung getrieben wird, uns in fortgeschrittener Beziehung überholen.

Planmäßige Steuerhinterziehung. Durch das un- nachsichtliche Vorgehen des Salzweider Finanzamts gegen- über der Steuerdrückereigerei und durch Veröffentlichung der Missetäter in der Zeitung (es ist schon die zweite Liste erschienen mit 50 Drückereigereien, die insgesamt mit 228494 Mk. einschließlich der Sinterziehungssumme be- strafte wurden) erhält man ein Bild davon, wie planmäßig im allgemeinen die Steuerhinterziehungen von den Unter- nehmern wie der belagerten Klasse überhaupt betrieben werden. Es ist festzustellen, daß es ausschließlich Angehörige der Rechtsparteien, namentlich Deutschnationale, sind, auch solche, die Ehrenämter haben und „angehoben“ sind. Wenn überall in der gleichen Weise durchgegriffen würde, könnte manches für den Staat locher gemacht werden. Die Hoffnungen sind aber vergeblich, denn die hohe Bürokratie, die Freunde der vorwiegend agrarischen Drückereigerei, werden schon dafür, daß so unangenehme Leute wie der Leiter des Finanzamts Salzweider, Regie- rungsrat Groß, kaltgestellt werden. Man hat ihn die Treppe hinauf fallen lassen, ihn zum Oberregierungsrat ge- macht und dann nach Berlin veretzt. Dort kann er nun nachhaken, wie gefährlich es ist, wenn man gegenüber denationalen Steuerdrückereigereien keine Pflicht tut. Diese Leute, die in Gedanken schon wieder ihren Kaiser „regieren“ leben, fühlen sich stark genug, sogar die ganze Regierung durch zum Teufel zu jagen, die so unverkämmt ist, Steuerereigere machen zu wollen, die auch den Besitz und ebenderein den Landbesitz treffen. Der in dem Rund- schreiben des Reichslandbundes propagierte Steuerfreik- lag gleichfalls genug. Schule hat aber das Salzweider Vorgehen auf jeden Fall gemacht. Das Magdeburger Finanzamt veröffentlicht jetzt eine Liste von Steuerhinter- ziehern, bei denen es sich um Beträge bis zu 40000 Mk. handelt. Nur überall so, aber mit Veröffentlichung der vollen Namen, wenn es erzieherlich auf die andern noch nicht festgenommenen Drückereigere wirken soll.

Betriebsrat im Aufsichtsrat. Der Geselentwurf über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat wird nunmehr dem Reichstage zur gefehgeberlichen Sanktion vorgelegt, nachdem sich der sozialpolitische Aus- schub des Reichswirtschaftsrats für die volle Anerkennung der Betriebsratsmitglieder als gleichberechtigte Mitglieder des Aufsichtsrats ausgesprochen und im übrigen die Re- gierungsvorlage mit unwesentlichen Änderungen ange- nommen hat.

## Versehiedene Eingänge

Geschäftsbericht des Verbandes der Buchdrucker und Papeter verarbeitender Gewerkschaften für das Jahr 1920. Im Selbstverlag. — Jahrbuch 1920 des Verbandes der Mater, Ladierer, Anstreicher, Färber und Buchdrucker Deutschlands. Verlag O. Streine, Ham- burg 25.